

## Vom "Sezessionsgespenst" zum Koalitionspartner - Regionale Parteien im politischen System Indiens

Oesterheld, Joachim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Oesterheld, J. (2001). Vom "Sezessionsgespenst" zum Koalitionspartner - Regionale Parteien im politischen System Indiens. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 107-125. <https://doi.org/10.11588/ijb.2001.0.1249>

### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

**gesis**  
Leibniz-Institut  
für Sozialwissenschaften

### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

Mitglied der  
  
Leibniz-Gemeinschaft

# Vom „Sezessionsgespenst“ zum Koalitionspartner – Regionale Parteien im politischen System Indiens

von  
Joachim Oesterheld

Die Bemerkung von Premierminister Atal Behari Vajpayee am 6. Dezember 2000, dem Jahrestag der Zerstörung der Babri Masjid in Ayodhya, es habe sich bei der Attacke auf die Moschee um einen Ausdruck nationaler Empfindung gehandelt, rief wohl den lautstarken Protest der Opposition (Indian National Congress – INC, linke und andere Parteien) hervor, die von der Bharatiya Janata Party (BJP) geführte Regierungskoalition geriet aber deshalb nicht ins Wanken. Diese so genannte Nationaldemokratische Allianz, eine aus 24 Parteien bestehende Koalition, hatte ein Jahr zuvor bei den 13. Wahlen zur Lok Sabha, der politisch gewichtigeren der beiden Kammern des Zentralparlaments in New Delhi, den Sieg über ihre Kontrahenten davongetragen. Das gemeinsame Interesse der beteiligten Parteien an der Fortsetzung der Regierungstätigkeit stand über Befürchtungen, die BJP als die nach Anzahl von Sitz und Stimme führende Kraft der Koalition könnte zur Rhetorik und Politik vergangener Jahre zurückkehren.

## 1 Als Koalitionspartner im Zentrum an der Macht

Anders als der INC, die andere große Kraft im indischen Parteienspektrum, hat es die BJP Ende der neunziger Jahre vermocht, eine landesweite Alli-

anz unterschiedlicher Parteien zu schmieden, die ihr vorrangiges Ziel in der Regierungsbeteiligung auf gesamtindischer Ebene sah. Die Partei hatte aus den Wahlen von 1996 und 1998 gelernt und sich 1999 bereits im Vorfeld der Wahlen um Koalitionspartner bemüht. Dafür war es erforderlich gewesen, auf kontroverse Punkte aus dem Themenbereich Hindutva im gemeinsamen Wahlmanifest zu verzichten. Von besonderer Bedeutung für das erstmalige Zustandekommen eines solch breiten Wahlbündnisses erwies sich das Ansehen, das Atal Behari Vajpayee als integre Person über Parteigrenzen hinweg genoss. Seine Person verlieh der divergenten Parteienkoalition im Wahlkampf ein bestimmtes Maß an Zusammenhalt und dem Wahlmanifest Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit. Was und wer immer auch den Premierminister veranlasst haben mag, diesen Eindruck Ende des Jahres 2000 zu korrigieren (genannt werden in diesem Zusammenhang die Rashtriya Swayamsevak Sangh – RSS – und die bevorstehenden Wahlen im bevölkerungsreichsten Unionsstaat Uttar Pradesh), die Koalitionspartner waren willens, zur Vermeidung von Neuwahlen und im Interesse des Fortbestandes dieser Regierung über einen solchen Stolperstein hinwegzusehen und beließen es bei milder Kritik mit dem Hinweis auf die Verbindlichkeit der im Wahlmanifest getroffenen Aussagen.

Die regierende Koalition ist ein Konglomerat unterschiedlicher Parteien, in der mit Ausnahme des INC, der beiden kommunistischen, kleinerer linker Parteien und einiger anderer Parteien alle politisch relevanten Kräfte des Landes vertreten sind. Abgesehen von der im Unionsstaat Maharashtra präsenten Shiv Sena<sup>1</sup> sind sie keine ideologischen Gefolgsleute der BJP. In ihrem politischen Appell sind sie weitestgehend auf die Bevölkerung und die Spezifika nur eines Unionsstaates ausgerichtet, in dem sie teilweise bereits seit Jahrzehnten allein, zusammen mit dem INC und in jüngerer Zeit in Koalition mit der BJP die Regierungsgewalt ausüben. Gerade diesem Zusammengehen mit sogenannten regionalen Parteien auf der Ebene der Unionsstaaten hat es die BJP zu verdanken, dass sie ihre Präsenz Ende der neunziger Jahre auf fast alle Unionsstaaten ausdehnen und ihre langjährige Begrenzung auf Nordindien und den urbanen Bereich überwinden konnte.<sup>2</sup> Der Zuwachs an der von der Nationaldemokratischen Allianz gestellten Zahl der Abgeordneten bei den Wahlen von 1999 im Vergleich zu 1998 von 265 auf 299 ist ausschließlich der Einbeziehung weiterer Parteien in die Allianz zu danken. Der BJP selbst gelang es dabei weder die Zahl ihrer Abgeordneten noch ihren Stimmenanteil zu erhöhen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen umfasst der Ministerrat 70

<sup>1</sup>Vgl. Julia Eckert, „Wie man die Bewegung in Bewegung hält: Die Shivsena in Maharashtra“, in: Werner Draguhn (Hg.), *Indien 2000. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg 2000, S.45-67.

<sup>2</sup>Die Wahlen zu den Parlamenten der Unionsstaaten in Haryana, Bihar, Manipur und Orissa im Februar 2000 haben deutlich gemacht, dass für die BJP damit kein weiterer Stimmenzuwachs verbunden sein muss. Vgl. die Berichterstattung zu diesen Wahlen in: *Frontline*, Chennai 17(2000)5 und 7.

Mitglieder, wobei die knappe Hälfte des Kabinetts von der BJP gestellt wird, die nahezu alle Schlüsselressorts innehat. Da die Telugu Desam Party (TDP)<sup>3</sup> als größter Koalitionspartner der BJP nicht der Regierung angehört und jeder der anderen Koalitionspartner für sich genommen über keine große Zahl von Abgeordneten verfügt, besteht bei Rückzug im Einzelfall keine Gefahr für den Bestand der Koalition. Diese ist erst dann gefährdet, wenn sich mehrere der kleinen Parteien zusammenschließen bzw. es zum Bruch der Mehrzahl dieser Parteien mit der BJP als der Majoritätspartei innerhalb der Koalition kommen sollte.

Der gegenwärtig erreichte Zustand des indischen Parteiensystems ist Ergebnis einer sich seit der Unabhängigkeit vollziehenden Entwicklung, die vom Übergang von einem Einparteien- zu einem Mehrparteiensystem gekennzeichnet ist. In ihm dominieren derzeit mit der BJP und dem INC auf gesamtindischer Ebene zwei Parteien, die mit ihrem im Vergleich zu den anderen Parteien hohen Stimmenanteil von jeweils rund 25 Prozent jedoch allein nicht in der Lage sind, die Regierung zu bilden. Während der INC im Laufe von fünf Jahrzehnten seiner Position als dominanter Partei im Zentralparlament und in den Parlamenten der Unionsstaaten (Vidhan Sabhas) verlustig ging, vermochten die BJP und ihre Vorgängerpartei Bharatiya Jana Sangh im gleichen Zeitraum ebenso wie andere Parteien nicht eine solche Position zu erlangen. Die entscheidenden Gründe dafür sind in Prozessen der Demokratisierung und Regionalisierung des politischen Systems in Indien zu suchen, in deren Verlauf immer breitere Bevölkerungsschichten in Prozesse der politischen Willensbildung vor allem auf regionaler und auf der Ebene einzelner Unionsstaaten einbezogen wurden. Die damit verbundene Bildung von Parteien und deren Entwicklung zu regierenden Parteien ist eine der bedeutsamsten politischen Entwicklungen, die sich in Indien seit Erlangung der Unabhängigkeit vollzogen haben. War mit dem Verlust der Einparteienherrschaft des INC und der Regierungsbildung durch diese Parteien auf der Ebene der Unionsstaaten seit Ende der sechziger Jahre schon eine bedeutende Zäsur erreicht, so bedeutet ihre Teilnahme an der Machtausübung im gesamtstaatlichen Rahmen seit Mitte der neunziger Jahre zweifellos eine neue Qualität. Viele dieser regionalen Parteien, von denen einige die politische Bühne des Landes mit Sezessionsforderungen betreten hatten, sind heute willkommene Koalitionspartner von BJP und INC beim Ringen um die Regierungsbildung im Zentrum des Landes.

Die Veränderung der Parteienlandschaft im Spannungsfeld zwischen der Dominanz einer Partei und einer Koalition mehrerer Parteien vollzog sich phasenverschoben und in mehreren Etappen. Der INC dominierte nicht zuletzt aufgrund seiner führenden Position im Ringen um Unabhängigkeit bis Ende der sechziger Jahre in den Parlamenten auf zentraler und Staatenebene. Wäh-

---

<sup>3</sup>Zum gegenwärtigen Zustand der TDP vgl. Dietmar Rothermund, „Chandrababu Naidu: Vom Königsmacher zum Hoffnungsträger“, in: Draguhn (2000), S.33-43.

rend von diesem Zeitpunkt an der Verlust seines Regierungsmonopols im Sinne einer Einparteienherrschaft in den Unionsstaaten einsetzte, wurde seine dominante Position auf zentraler Ebene im Sinne der stärksten politischen Partei nur durch kurze Intervalle in der Zeit von 1977 bis 1979 (Janata-Regierung) und von 1989 bis 1991 (Regierung der Nationalen Front) unterbrochen. Seit 1996 ist der INC dieser Position verlustig gegangen, und es deutet nichts darauf hin, dass er sie in einem überschaubaren Zeitraum wiedererlangen könnte. Andererseits setzte Mitte der sechziger Jahre ein Prozess ein, in dessen Verlauf viele Parteien entstanden, deren Wirkungsbereich sehr oft nur auf einen Unionsstaat beschränkt blieb und innerhalb dessen Grenzen sie sich zur politisch dominanten Kraft entwickelten. Zum ersten Mal in der Geschichte des unabhängigen Indiens wurde im Ergebnis der 11. allgemeinen Wahlen 1996 die regionale Vielfalt des Landes nicht mehr über die Vertreter nationaler Parteien in Zentralparlament und -regierung repräsentiert. Eine große Zahl von Kandidaten regionaler Parteien hatte ausreichend Stimmen erhalten, um die Interessen ihrer Wähler über die Staatenversammlungen hinaus nun auch auf nationaler Ebene zu vertreten. Dieser Prozess hat sich in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre verstärkt, und eine wachsende Zahl regionaler Parteien ist an einer Koalition im Zentrum beteiligt. Das Beispiel der Parteien Haryana Vikas Party (HVP) und Haryana Lok Dal (HLD) zeigt, dass selbst erbitterte Kontrahenten innerhalb eines Unionsstaates nicht auf eine Teilnahme an der Macht auf gesamtindischer Ebene verzichten möchten, denn beide gehören derzeit der Regierungskoalition unter Premierminister Vajpayee an.

Wenn vor diesem Hintergrund unter Beobachtern der politischen Szene Indiens heute Übereinstimmung darin herrscht, die Analyse der Entwicklung des Landes nicht auf die nationale Ebene zu beschränken und sich verstärkt auf die Unionsstaaten und lokale Gegebenheiten zu konzentrieren, so erfordert dies auch begriffliche Klarheit. Die Bezeichnung für die auf Staatenebene agierenden Parteien ist keinesfalls eindeutig. Sie reicht von *single-state* oder *one-state* über *regional* und *regionalized* bis zu *cross-regional* und *sub-regional parties* und wird von Begriffen wie *national*, *registered* und *recognized parties* überlagert. Im Jahre 1998 waren bei der für die Vorbereitung, Durchführung und Auswertung verantwortlichen Wahlkommission (Election Commission) 650 Parteien registriert, von denen sich 150 im selben Jahr an den Lok-Sabha-Wahlen beteiligten. Um den Status einer *recognized political party* zu erlangen, sind verschiedene Bedingungen zu erfüllen.<sup>4</sup> Sind diese erfüllt, so

---

<sup>4</sup>„[...] a recognized political party must have continuously been active for five years and won at least four per cent of the seats in the last Lok Sabha elections or 3,33 per cent of the seats in the assembly elections from the State. Else, it should have polled at least six per cent of the total valid votes in the last Lok Sabha or Assembly Elections in the State. Or else, such a party's total votes (excluding votes secured by the party candidates in constituencies where it bagged less than 1/12th of valid votes) must be at least 4 per cent of the total valid votes.“ (Mahendra Prasad Singh/Rekha Saxena, „Party System and

gelten jene Parteien als *national parties*, wenn sie diesen Status in vier oder mehr Unionsstaaten erlangt haben, und sie sind *state parties*, wenn sie ihn in weniger als vier Unionsstaaten erhalten haben.<sup>5</sup> Inwieweit diese im Jahre 1968 festgeschriebenen Kriterien noch den heutigen Realitäten Rechnung tragen, zeigt das Beispiel der Communist Party of India (Marxist) (CPI-M), der die Election Commission im Jahr 2000 den Status einer *national party* aberkannt hat. Dabei ist sie als drittstärkste Partei Indiens mit 33 bzw. 12 Abgeordneten in der Lok Sabha und in der Rajya Sabha vertreten, stellt Abgeordnete in 12 Vidhan Sabhas und die Regierungen in den Unionsstaaten Kerala, Westbengalen und Tripura.<sup>6</sup> Mit Jyoti Basu (CPI-M) ist im Dezember 2000 nach 23 Jahren der am längsten je im Amt befindliche Chefminister einer Staatenregierung zurückgetreten.

## 2 Entstehung, Abgrenzung und Verbreitung

Der Einfluss regionaler Entwicklungen auf die indische Politik und umgekehrt die Auswirkungen der von der Zentrale ausgehenden Impulse für die Unionsstaaten sind in Wechselbeziehungen eingebettet, die bereits im Rahmen der Bewegung um nationale Unabhängigkeit in Erscheinung getreten sind. Entwicklungen auf regionaler Ebene waren vor dem Hintergrund der politisch dominanten Konfrontation wohl von untergeordneter Bedeutung, traten aber in vielfältiger Weise in Erscheinung. Zum einen waren gesamt nationale Kampagnen (Swadeshi, Non-Cooperation, Civil Disobedience, Quit India) direkt abhängig von der Unterstützung heterogener Bevölkerungsgruppen auf Distrikt- und Provinzebene. Zum anderen bestand aber auch ausgehend von den in einzelnen Regionen auftretenden, von sozialen und religiösen Aspekten geprägten Bewegungen eine mehr oder weniger direkte Beziehung zum gesamt nationalen Anliegen.

Der INC verkörperte nicht nur die soziale, sondern auch die regionale Vielfalt des Landes und berücksichtigte dies seit 1920 auch in seinem Organisationsaufbau. Er orientierte die Parteistruktur nicht nur an den Provinzen Britisch Indiens, sondern auch an Siedlungsgebieten großer homogener Sprachgruppen. Bereits zu Beginn des 20. Jh. suchten Bewegungen parallel bzw. weitgehend unabhängig vom INC der sprachlichen, religiösen, ethnischen oder anderweitigen Spezifik ihrer Region Ausdruck zu verleihen. Hierzu gehört eine im Punjab entstandene Bewegung mit der von der 1919 gegründeten Central Sikh League erhobenen Forderung nach Übernahme der Sikh-Tempel (Gurdwaras) aus den Händen der bisherigen Verwalter (Mahants). Im Ver-

Electoral Reforms in India“, in: Subrata Mukherjee/Sushila Ramaswamy (Hg.), *Political Science Annual 1998-1999. Focus on Political Theory*, New Delhi 2000, S.191 f.).

<sup>5</sup>Ebd., S.191.

<sup>6</sup>Zu den Details vgl. *Frontline*, Madras 17(2000)21 vom 27. Oktober.

lauf dieser Gurdwara-Bewegung, die Bestandteil der von Gandhi initiierten Bewegung der Nichtzusammenarbeit war, entstand 1920 die Shiromani Akali Dal (SAD) als Interessenvertretung der Sikhs. In den Jahren bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges stimmten die Positionen der SAD und der Central Sikh League mit denen des INC weitgehend überein. Sie waren gegen eine Teilung des Punjab und korrigierten ihre Meinung erst angesichts der Ergebnisse der Provinzwahlen von 1946. Im Süden Indiens formierte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Bewegung, die antibrahmanischen Charakter trug und ab 1915 einen tamilischen Nationalismus unter verschiedenen Namen in organisierter Form vertrat. Sie wandte sich gegen den INC, die vermeintliche Beherrschung des Südens durch den Norden, und plädierte für eine autonome dravidische Föderation. Der 15. August 1947 wurde von ihr als Trauertag begangen.<sup>7</sup>

Eine andere Bewegung ist seit Jahrzehnten um die Berücksichtigung der Interessen der Stammesbevölkerung der Region Jharkhand bemüht. Ihrer seit 1921 zuerst von der Chhotanagpur Unnati Samaj erhobene Forderung nach einer eigenständigen administrativen Einheit namens Jharkhand wurde nach Jahrzehnten erst am 15. November 2000 mit der Gründung eines eigenständigen Unionsstaates gleichen Namens stattgegeben.<sup>8</sup> Nicht unerwähnt soll bleiben, dass auch im Fürstenstaat Kaschmir zu Beginn der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts eine Organisation als Vorgängerin der heutigen Partei Jammu and Kashmir National Conference (JKNC)<sup>9</sup> gegründet wurde. Diese Beispiele zeigen, dass sich im Spannungsfeld von gesamtnationalen Anliegen und regionalen Besonderheiten bereits vor 1947 im politischen System Indiens Organisationen und Parteien bildeten, die sich in Übereinstimmung mit oder im Gegensatz zum INC der spezifischen Interessen von Bevölkerungsgruppen auf regionaler Ebene angenommen haben. Wenn von regionalen Parteien in Indien die Rede ist, so haben wir es also u.a. mit Parteien zu tun, deren Wurzeln bereits in der Zeit vor Erlangung der Unabhängigkeit zu suchen sind bzw. die bereits vor 1947 existierten.

Welche Entwicklungen führten im unabhängigen Indien zur Entstehung regionaler Parteien? Zunächst kam es innerhalb des INC im Laufe von zwei Jahrzehnten durch Abspaltungen zur Neugründung von Parteien, die im Namen einen regionalen Bezug erkennen ließen (Bangla Congress, Kerala Congress).

---

<sup>7</sup>Vgl. zur Entstehungsphase das Eingangskapitel bei Jacob Rösel, „Nationalismus, Filmindustrie und Charisma in Tamil Nadu. Entstehung und politische Einbindung einer tamilischen Autonomiebewegung in Südindien“, in: Werner Draguhn (Hg.), *Indien 1999. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*, Hamburg 1999, S.65-91.

<sup>8</sup>„The day of Jharkhand“, in: *Frontline*, Madras 17,(2000)24, S.32-34.

<sup>9</sup>Die JKNC verfügt gegenwärtig über eine Zweidrittelmehrheit in der Vidhan Sabha von Jammu und Kaschmir und stellt mit Chefminister Farooq Abdullah die Staatenregierung. Die JKNC ist Mitglied der Nationaldemokratischen Allianz und in der Zentralregierung vertreten.

Der von diesem Zeitpunkt an einsetzende Verlust des vom INC beanspruchten alleinigen Regierungsmonopols auf der Ebene der Unionsstaaten war bedingt durch Wahlsiege bereits bestehender anderer nationaler Parteien wie auch durch neu hinzugekommene Parteien. Zu den Parteien, die sich vorübergehend in mehreren nordindischen Unionsstaaten und auch auf zentraler Ebene zu einem echten Konkurrenten für den INC entwickelten, gehört die am 12. Mai 1974 aus mehreren Parteien gegründete Bharatiya Lok Dal (BLD) unter Führung von Charan Singh,<sup>10</sup> später für kurze Zeit Premierminister Indiens. Diese Agrarpartei, die vor allem höhere Preise für die Produkte der Marktproduzenten aus den Reihen der Other Backward Castes (OBC) forderte, war zeitweise hinter dem INC die zweitstärkste Partei in Uttar Pradesh und Bihar und als Konstituente der Janata Party (JP) auch an der Regierung im Zentrum von 1977 bis 1979 beteiligt.

Die weitere Entwicklung ist sowohl in Uttar Pradesh wie in Bihar über den INC und die BLD hinweggegangen.<sup>11</sup> In Uttar Pradesh sank im Laufe der letzten 15 Jahre (1984-1999) bei den Wahlen zur Lok Sabha der Stimmenanteil des INC von 51 Prozent auf ganze 4 Prozent. Im gleichen Zeitraum erhöhte die BJP in diesem Unionsstaat ihren Anteil von 6,4 Prozent auf 36,9 Prozent. Neue Parteien wie die 1984 gegründete Bahujan Samaj Party (BSP) unter Führung von Kanshi Ram und die 1992 im Ergebnis mehrerer Abspaltungen aus der 1988 gebildeten Janata Dal (JD) hervorgegangene Samajwadi Party (SP) mit Mulayam Singh Yadav an der Spitze erzielten bei den letzten Wahlen 20,9 bzw. 28,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen. Auch im Nachbarstaat Bihar blieb die für das indische Parteiensystem insgesamt charakteristische Fragmentierung und der damit einhergehende Wettbewerb<sup>12</sup> nicht ohne Folgen für die bisher führenden Parteien. Auch hier ist der INC im Ergebnis der Wahlen von 1999 nur noch mit knapp 10 Prozent der Stimmen, die BJP hingegen mit rund 25 Prozent vertreten. Stärkste Einzelpartei mit 28,3 Prozent aller abgegebenen Stimmen ist jedoch nach wie vor die in den neunziger Jahren aus der JD hervorgegangene Rashtriya Janata Dal (RJD) unter Führung von Laloo Prasad Yadav. Die BJP erreichte zusammen mit der unmittelbar

---

<sup>10</sup>Vgl. Joachim Oesterheld, „Lok Dal. Interrelation between Class and Caste in Northern India“, in: *Archiv Orientalni*, Prag 59(1991)1, S.61-72 und T.J. Byres/Charan Singh, „1902-1987: An Assessment“, in: D. Arnold/P. Robb (Hg.), *Institutions and Ideologies*, Richmond 1993, S.265-307.

<sup>11</sup>Die folgenden Angaben zur Parteienentwicklung in Uttar Pradesh und Bihar sind entnommen aus Kanchan Chandra, „Post-Congress Politics in Uttar Pradesh: The Ethnification of the Party System and its Consequences“, S.55-104 und Binoy Shanker Prasad, „Split the Votes and Win the Election: An Analysis of the 12th Lok Sabha Election in Bihar“, S.129-158. Beide Artikel sind enthalten in: Ramashray Roy/Paul Wallace (Hg.), *Indian Politics and the 1998 Election*, New Delhi 1999.

<sup>12</sup>Einen detaillierten Überblick zu beiden Prozessen vermitteln Pradeep Chhibber/Irfan Nooruddin, „Party Competition and Fragmentation in Indian National Elections: 1957-1998“, in: ebd., S. 36-54.



im Vorfeld der Wahlen im Juli 1999 gegründeten Janata Dal (United) 43,8 Prozent der Stimmen. Der Allianzpartner der BJP erfuhr aber im Dezember 2000 bereits wieder eine Spaltung. Mit der Gründung der Partei Jan Shakti unter Führung von Ram Vilas Paswan erfährt die JD als ursprüngliche „Mutterpartei“ damit zum wiederholten Male eine Aufsplitterung.<sup>13</sup>

Der Verweis auf die Parteienentwicklung in Uttar Pradesh und Bihar soll deutlich machen, dass nicht alle Parteien, die vorrangig in einem Unionsstaat oder in einer Region vertreten sind, automatisch den Kriterien einer regionalen Partei entsprechen, selbst wenn sie in seriösen indischen Wochenzeitschriften gelegentlich als solche bezeichnet werden.<sup>14</sup> Zum einen sind es häufig Parteien, die aus Abspaltungen von nationalen Parteien entstanden sind. Dabei ist festzustellen, dass dieser Prozess im Falle des INC nicht auf die genannten Beispiele aus den ersten Jahrzehnten nach Erlangung der Unabhängigkeit beschränkt blieb. Die jüngere Vergangenheit liefert genug Beispiele für die Fortsetzung dieses Prozesses (Trinamul Congress in Westbengalen unter Mamata Banerjee, Tamil Maanila Congress unter G.K. Moopanar in Tamil Nadu, Manipur State Congress Party unter W.N. Singh in Manipur). Hinzu kommen die Spaltungen, die der INC seit 1947 auf gesamtindischer Ebene erfuhr. Andere nationale Parteien, wie das Beispiel Janata Dal zeigt, waren von analogen Entwicklungen betroffen, und diese Entwicklung kann keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden. Wenn sich zum anderen Parteien wie die RJD oder die BSP im breiten Wählerspektrum innerhalb eines Unionsstaates ausschließlich auf eine spezifische Wählerschicht orientieren (OBC, Dalits), erfüllen sie damit noch nicht den Anspruch einer regionalen Partei, können aber durchaus als *single-state* oder *one-state parties* bezeichnet werden. Mit dieser Vorgehensweise versuchen sie allerdings auch, in anderen Unionsstaaten Fuß zu fassen, und könnten unter Umständen eines Tages den Status einer nationalen Partei erlangen.

Diese Parteien unterscheiden sich sowohl von den *cross-regional* wie auch von den *regionalized parties*, die ein breites Wählerspektrum ansprechen. Bei ersteren handelt es sich um solche Parteien, die sich erst in einigen Regionen als nationale Parteien etabliert haben, d.h. nicht (bzw. noch nicht) in allen Unionsstaaten als politisch relevante Kräfte vertreten sind. Dies gilt beispielsweise auch für die BJP, die schrittweise ihre zunächst ausschließliche

<sup>13</sup>Vgl. dazu *The Hindu*, Madras vom 2. und 3.12.2000.

<sup>14</sup>Unter der Überschrift „Regional parties to the fore“ hieß es in der ersten Hälfte der Märzausgabe 2000 von *Frontline* zum Ergebnis der Vidhan-Sabha-Wahlen in Haryana, Orissa, Manipur und Bihar (Hervorhebung J.O.): „As States become effective arenas of political choice, *parties with a strong local base* have an advantage. In the final analysis, this round of elections belonged to *regional parties* – the Indian National Lok Dal (INDL), the Biju Janata Dal (BJD), the Manipur State Congress Party (MSCP) and the Rashtriya Janata Dal (RJD).“ Bei diesen Parteien handelt es sich um Abspaltungen von noch bestehenden bzw. ehemaligen nationalen Parteien.

Begrenzung auf Unionsstaaten Nordindiens überwindet. Umgekehrt unterliegen nationale Parteien wie der INC und die beiden kommunistischen Parteien CPI und CPI-M seit längerer Zeit Entwicklungen, die im Sinne einer Regionalisierung zu einer Beschränkung ihrer ursprünglichen Präsenz in allen bzw. den meisten indischen Unionsstaaten und damit verminderter politischer Relevanz geführt haben. Für sie wäre der Begriff *regionalized parties* zutreffend.

Welche Parteien könnten und sollten dann als regionale Parteien bezeichnet werden? Ohne einer formalen und radikalen Handhabung des Begriffs das Wort reden zu wollen: Eine gewisse Rechtfertigung für eine solche Bezeichnung ergibt sich aus der Bezugnahme auf eine Region. Diese sollte als Bezugsgröße weniger mit den Ergebnissen geographischer Gliederungsversuche<sup>15</sup> als vielmehr mit der Herausbildung der föderalen Struktur des Landes in Verbindung gebracht werden, wenn es um den Bezug zu regionalen Parteien geht. Ein kurzer historischer Rückblick lässt erkennen, dass die Zusammenführung der Provinzen Britisch Indiens mit den indischen Fürstenstaaten als Grundlage der politisch-administrativen Gliederung des unabhängigen Indien nicht lange Bestand hatte. Die Neuregelung Mitte der fünfziger Jahre ging letztlich vom Primat des Sprachfaktors bei der Festlegung der administrativen Grenzen von 16 Unionsstaaten und 6 Unionsterritorien aus.

Diese erste Phase der Staatenreorganisation war eine Antwort auf die bis dahin von regionalen Bewegungen, Organisationen und Parteien vorgetragene Forderung nach stärkerer Beachtung der sprachlichen, kulturellen und sozialen Vielfalt des Landes. Dieser bis heute auch unter Hinweis auf die wirtschaftlichen Disparitäten nicht abgeschlossene Prozess, der Ende des Jahres 2000 mit der Gründung der Unionsstaaten Uttarachand, Jharkhand und Chattisgarh eine Fortsetzung fand, macht es deutlich: Der zutage tretende Regionalismus bzw. Subregionalismus darf nicht primär auf räumliche Strukturen reduziert werden. Dahinter verbirgt sich ein über den territorialen Aspekt hinausreichendes mehrdimensionales Phänomen hoher politischer Brisanz. Es handelt sich um politische und kulturell-soziale Bewegungen unter Führung von Organisationen und Parteien, in denen Vergangenheit und Gegenwart einer Region im Bewusstsein seiner Bewohner reflektiert wird. Hinsichtlich Entstehung, inhaltlicher Ausprägung und Verlauf handelt es sich bei regionalen Bewegungen nur der Form nach um einen „Aufstand der Provinz“ im Gefolge und als Begleiterscheinung von Interaktionen mit der Zentralregierung oder benachbarten Unionsstaaten. Gleichzeitig lassen Analyse und Interpretation dieser Erscheinungen in Indien in Analogie zu Regionalismen in anderen Teilen der Welt erkennen, dass man es letztlich auch hier „weniger mit unbestimmten – und sich zudem vielfach überlagernden – nationalen oder

---

<sup>15</sup>Vgl. R.L. Singh (Hg.), *India. A Regional Geography*, New Delhi 1995; C.D. Deshpande, *India. A Regional Interpretation*, New Delhi 1992; Hermann Kulke/Dietmar Rothermund (Hg.), *Regionale Tradition in Südasiens*, Wiesbaden 1985.

regionalen 'Identitäten' oder anderen Phänomenen 'ethnischer' Zuordnung zu tun hat, sondern wesentlich mehr mit ökonomischen und politischen Prozessen und Konstellationen, mit Machtverhältnissen, Interessen (folglich auch Ideologien und Fiktionen) und Akten 'bewusster politischer Gestaltung'.<sup>16</sup> Als regionale bzw. subregionale Parteien werden unter Berücksichtigung dieser Überlegungen vom Verfasser jene Parteien verstanden, die sprachliche, ethnische, religiöse, soziale und kulturelle Besonderheiten der Bevölkerung einer historisch gewachsenen Region oder von Segmenten der Bevölkerung einer solchen Region vertreten. Das Aktionsfeld derart verstandener Parteien ist in der Regel auf einen Unionsstaat bzw. auf ein Siedlungsgebiet innerhalb eines Unionsstaates beschränkt.

Regionale Parteien sind in vielen, aber bei weitem nicht in allen Unionsstaaten anzutreffen. Nach ihrer Verbreitung ergibt sich die erste große Zone mit den Unionsstaaten des „Hindi-Gürtels“, in denen es bis vor kurzem keine bzw. keine starken regionalen Parteien gab. Mit den neu gegründeten Unionsstaaten Uttaranchal (Uttarakhand Kranti Dal – UKD) und Jharkhand (Jharkhand Mukti Morcha – JMM), die ursprünglich zu Bihar und Uttar Pradesh gehörten, sowie Haryana (Haryana Vikas Party) hat sich dieses Bild geändert. Die zweite Zone schließt sich daran im Westen und Norden an und reicht von Goa (United Goans Democratic Party – UGDP) über Maharashtra (Shiv Sena), Punjab (SAD), Jammu und Kaschmir (JKNC) bis Sikkim (Sikkim Sangram Parishad – SSP). Die dritte Zone liegt im dravidischen Süden mit starken regionalen Parteien in Tamil Nadu (All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam – AIADMK und Dravida Munnetra Kazhagam – DMK) und Andhra Pradesh (Telugu Desam Party – TDP). Eine Vielzahl kleiner regionaler Parteien findet sich in der vierten Zone, die hinsichtlich ihrer sprachlichen, ethnischen, religiösen und kulturellen Heterogenität hervorsteht und den Nordosten des Landes erfasst. Trotz unterschiedlicher Ausgangssituation, innerparteilicher Auseinandersetzungen und des Zeitpunkts ihrer Entstehung haben die regionalen Parteien in den genannten Unionsstaaten ihr spezifisches Profil behalten, wenn auch angepasst an die veränderten Bedingungen und Gegebenheiten ihres unmittelbaren und weiteren Wirkungsfeldes. Im Folgenden sollen einige dieser Parteien stellvertretend für die Kategorie „regionale Partei“ in ihrer Entwicklung, ihren Beziehungen zu nationalen Parteien und zum indischen Staat vorgestellt werden.

---

<sup>16</sup>H.-J. Puhle, „Nationalismen und Regionalismus in Westeuropa. Vorbemerkung“, in: *Geschichte und Gesellschaft*, Göttingen 20(1994)3, S.323.

### 3 Zum Profil regionaler Parteien

#### 3.1 Shiromani Akali Dal (SAD)

Die Entwicklung im heutigen Unionsstaat Punjab bleibt unverständlich ohne die Tatbestände und Veränderungen, denen die Shiromani Akali Dal im Ringen um politische Macht Rechnung tragen musste. Die Gründung Indiens und Pakistans tangierte die Provinz Punjab beträchtlich und machte sie zur jeweiligen Grenzprovinz. Als Folge der Teilung erhohnte sich der Anteil der Sikh-Bevölkerung sowohl in dem in Indien verbleibenden Teil der Provinz als auch in den angrenzenden, zur selbständigen administrativen Einheit *Patiala and the East Punjab States Union (PEPSU)* zusammengeschlossenen Furstenstaaten. Beide wurden 1956 im Zuge der ersten großen Staatenreorganisation zum Unionsstaat Punjab vereint. In seiner heutigen Form existiert er seit 1966, als der Forderung der SAD nach einem Punjabi-Staat dadurch entsprochen wurde, dass die hindisprachigen Distrikte im Südosten nach ihrer Abtrennung den neuen Unionsstaat Haryana bildeten. Erstmals stellten nun die Sikhs im Punjab mit 55,48 Prozent der Bevölkerung die Majorität.

Dem Versuch der SAD, eine Sikh-Regierung zu etablieren, waren aber von vornherein Grenzen gesetzt, die sich aus der Heterogenität der Sikh-Gemeinschaft, ihrem Wahlverhalten und Fraktionskampfen innerhalb der SAD ergaben. Abgesehen von den landbesitzenden Jat-Bauern, die mit zwei Dritteln die größte Gruppe der Sikh-Bevölkerung stellen, gehörten mit rund 20 Prozent die landlosen Majhabi dazu. Den Rest stellten städtische Unternehmer und Händler (*Arora* und *Khatri*) und die als Handwerker tätigen *Tarkhan*. Sie gaben keineswegs alle ihre Stimme der SAD, vor allem die Majhabi votierten zumeist für linke Parteien und den INC. Die Stimmen der Punjabi-Hindus als der zweiten großen Bevölkerungsgruppe verteilen sich auf INC, BJP und CPI, CPI-M. Die BJS/BJP als die am Hinduismus orientierten Parteien erhielten vorrangig Unterstützung von der urbanen Hindubevolkerung (mittlere und kleine Händler und Geschaftslleute) und aus dem höheren Kastenspektrum. Sie profitierten darüber hinaus von ihrer Rolle als Interessenvertreter der hindisprechenden Minorität und wandten sich gegen einen Sikh-Staat. Der INC war bis 1956 in der Lage, regionalen Ansprüchen durch die Aufnahme der SAD in die Reihen der eigenen Partei zu begegnen. Die Geschichte der Staatenregierungen im Punjab ist dann mit der Bildung des Unionsstaates Punjab ab 1966 von Auseinandersetzungen mit dem INC geprägt und vom Bemuhlen der SAD, über Koalitionen regionale Forderungen durchzusetzen. Mit Hilfe anderer Parteien wurden jeweils in Abhängigkeit vom Wahlergebnis Koalitionsregierungen in den Jahren 1967, 1969 und 1970 gebildet, in denen die *Bharatiya Jana Sangh (BJS)*, die Vorluferpartei der BJP, die Hauptpartnerin stellte. Koalitionen zwischen beiden Parteien waren nicht zuletzt deshalb möglich, weil beide eine besondere Klientel ansprachen, deren wechselseitige

Inanspruchnahme aufgrund ihrer jeweiligen Ausrichtung am Hinduismus bzw. Sikhismus unterblieb. Andererseits hat die parallele sprachliche Bindung an Hindi und Punjabi, verbunden mit dem Vorwurf der Benachteiligung und Diskriminierung der jeweils anderen Sprache, immer wieder auch zur Auflösung solcher Koalitionen beigetragen.

Nach dem Machtverlust an den INC zu Beginn der siebziger Jahre setzte eine Entwicklung ein, bei der die SAD versuchte, sich mit einer Reihe wirtschaftlicher und sozialer Forderungen der Unterstützung der heterogenen Sikh-Bauernschaft und der anderen Komponenten der Sikh-Gemeinschaft zu versichern. Diese in der sogenannten Anandpur Sahib Resolution verankerte Programmatik bediente primär bäuerliche Interessen, versuchte aber gleichzeitig, alle Sikhs unter dem Banner der Religion zu einen. Mit der verstärkten Hinwendung zum Sikhismus ab Ende der siebziger Jahre geriet die SAD in den Strudel und in Abhängigkeit von Entwicklungen, in denen bei Zuspitzung des Konflikts mit der Zentralregierung religiös-militante Kräfte mit der Forderung nach einem von der Republik Indien unabhängigen Staat Khalistan die Oberhand erlangten. Heillos zerstritten und in mehrere selbständige Flügel mit wechselnden Loyalitäten gegenüber den extremistischen Kräften geteilt, verlor die SAD ihre Rolle als Wortführer und höchster politischer Repräsentant der Sikhs.

Erst zu Beginn der neunziger Jahre gelang nach Jahren des Terrors und der Gewalt eine Wiederbelebung des politischen Prozesses. Bei den Vidhan-Sabha-Wahlen 1997 kam es erstmals wieder zu einer Koalition zwischen der SAD und der BJP, für die im Unterschied zur Praxis früherer Jahre bereits im Vorfeld der Wahlen eine Grundlage durch Absprachen zwischen beiden Parteien geschaffen wurde. Einen so hohen Stimmen- und Sitzanteil hatte die SAD nur einmal in den zurückliegenden drei Jahrzehnten erreichen können. Für den INC bedeuteten die Wahlen 1997 das schlechteste Ergebnis.<sup>17</sup> Traditionelle Interpretationen des Wahlverhaltens, wonach Hindus für INC und BJP und Sikhs für die SAD stimmen, fanden bei diesen Wahlen keine Bestätigung.<sup>18</sup> Das Wahlergebnis wird als Ausdruck der veränderten politischen Verhältnisse im Zentrum und der von Wählern wie Parteien aus dem Punjab-Konflikt<sup>19</sup> gezogenen Lehren gewertet. Seitdem ist jedoch innerhalb der SAD

<sup>17</sup>Hinsichtlich ihres Anteils an den abgegebenen Stimmen und nach der Zahl der Abgeordneten erreichten: INC: 26,59/14, SAD: 37,64/75, BJP: 8,33/18, CPI: 2,98/2, CPI-M: 1,79/0. Vgl. Pramod Kumar, „Punjab: Changing Political Agenda“, in: Ramashray Roy/Paul Wallace (Hg.), a.a.O., S.293.

<sup>18</sup>Von den Wählern, die der SAD ihre Stimme gaben, waren 38% Sikhs, 27% Hindus. Für die BJP stimmten 45% Hindus und 34% Sikhs (ebd., S.294).

<sup>19</sup>Vgl. Joachim Oesterheld, „Punjab-Konflikt – Versuch einer Analyse von Rahmenbedingungen, Akteuren und politischer Dynamik“, S.207-250 in: Eva-Maria Hexamer/Joachim Oesterheld (Hg.), *Innere Konflikte in Indien und Pakistan und die ideologische Dimension der Konfliktlage in Südasien*, Schriften des Lehr- und Forschungsgebietes Internationale Beziehungen in Asien und Afrika, Bd. 8, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1998.

erneut eine Spezifik zutage getreten und hält auch gegenwärtig noch an, bei der sie der Religion besondere Aufmerksamkeit zuteil werden lässt, derer sich Fraktionen im innerparteilichen Machtkampf zur Unterstützung ihrer Positionen bedienen.<sup>20</sup> Der Transformationsprozess der SAD von einer regionalen Partei, die vorrangig Interessen der Religionsgemeinschaft der Sikhs vertritt, zu einer regionalen Partei, die sich als Wortführer der Punjabis und damit aller Bevölkerungsgruppen dieses Unionsstaates versteht, scheint noch immer nicht abgeschlossen.

### 3.2 Dravida Munnetra Kazhagam (DMK)/All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam (AIADMK)

Die gegenwärtig in Tamil Nadu regierende, 1949 von C.N. Annadurai gegründete Dravida Munnetra Kazhagam beteiligte sich erstmals 1957 an den Lok-Sabha-Wahlen. Ihr Stimmenanteil von 14,2 Prozent erhöhte sich bei den Wahlen 1962 auf 27,1 Prozent. Mitte der sechziger Jahre gab die DMK ihre Forderung nach Lostrennung vom indischen Staatsverband und ihre Antibrahmanenhaltung auf und bot damit auch national gesinnten Kräften in Tamil Nadu eine Alternative zum INC. Im Ergebnis der Wahlen von 1967 stellte mit dem DMK (138 Abgeordnete und 41,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen) erstmals eine regionale Partei die Regierung eines indischen Unionsstaates.<sup>21</sup> Zu Beginn der siebziger Jahre bekannte sie sich zum säkularen Staatsprinzip und lehnte unter Berufung auf eine rationale Weltsicht Unterschiede der Menschen nach Rasse, Glaubensbekenntnis und Kaste ab. Den sozial schwächeren Schichten in der Stadt wurde Slumsanierung, Trinkwasser und ein Dach über den Kopf versprochen, den Landarbeitern feste Löhne, Bauland, Arbeitsbeschaffungsprogramme und elektrifizierte Dörfer. Mit Steuererleichterungen, Bewässerungsprojekten und günstigen Krediten wurde für die Unterstützung durch die marktproduzierenden Bauern geworben, und Kleinunternehmen erhielten spezifische Vergünstigungen. Allen, „die auf der unteren Ebene der Gesellschaft leiden“, wurden bessere Lebensbedingungen zugesagt, „ohne dabei jene Eigentumsrechte zu beeinträchtigen, die als Lebensgrundlage des Individuums zu betrachten sind“.<sup>22</sup> Die Abkehr von einem sezessionistischen dravidischen Nationalismus ging einher mit der Hinwendung

<sup>20</sup> Vgl. Praveen Swami, „RSS forays into Punjab“, in: *Frontline*, Chennai 17(2000)11 vom 27. Mai; ders., „Talwansi's turn“, in: ebd. 17(2000)23 vom 22. Dezember; *The Hindu*, Chennai vom 2. und 3. Dezember 2000.

<sup>21</sup> Von den Wählern, die 1967 der DMK ihre Stimme gaben, waren 45% Land besitzende Bauern, jeweils 11,2% Angestellte und Arbeitslose, 9% gelernte und ungelernete Fabrikarbeiter, 3,3% Geschäftsleute und 2,3% Angehörige verschiedener anderer Berufe (S.P. Rastogi, „Emergence and Rise of the DMK“, in: *Journal of Constitutional and Parliamentary Studies*, New Delhi 5(1971)4, S.544.

<sup>22</sup> „Manifestos DMK“, S.15 und 20, in: *Election Manifestos*, New Delhi 1971.

zu Sprache, Kultur und Tradition der Tamilen. Der Prozess der „Tamilisierung“, vom Medium Film nachhaltig getragen und gefördert, war verbunden mit Namensänderungen, der Propagierung der tamilischen Geschichte und der Förderung der Tamilliteratur.<sup>23</sup>

Der Ausschluss des populären Filmschauspielers und ehemaligen Schatzmeisters der DMK, M.G. Ramachandran (MGR) wurde von diesem mit der Gründung der Anna Dravida Munnetra Kazhagam im Oktober 1972 beantwortet, die er während der Zeit des Ausnahmezustands 1976 in All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam umbenannte. Bei ihrer erstmaligen Beteiligung an den Wahlen 1977 trug die AIADMK den Sieg davon, und MGR stand bis zu seinem Tod im Jahre 1987 allen Staatenregierungen als Chefminister vor. Mit einer Almosen- und Geschenkepolitik ohnegleichen mutiert MGR in den Augen der Volksmassen vom Filmidol zum charismatischen Wohltäter und Heiligen.<sup>24</sup> Von einer kurzen Unterbrechung durch eine DMK-Regierung in den Jahren 1989 bis 1991 abgesehen, die seit 1999 der Nationaldemokratischen Allianz angehört und gegenwärtig auch die Staatenregierung in Tamil Nadu stellt, blieb die AIADMK-Herrschaft auch in der Folgezeit erhalten. Bei den Wahlen 1991 errang die Partei unter Führung der Filmschauspielerin Jayalalitha, die das Erbe von MGR angetreten hatte, den größten Wahlsieg seit ihrer Gründung. Als Chefministerin setzte sie die populistische Politik ihres Mentors mit einem autoritären Führungsstil und Personenkult fort. Ihr weiteres Schicksal ist angesichts der Anklage und Verurteilung wegen Korruption, Machtmissbrauch und persönlicher Bereicherung zu Beginn des Jahres 2001 ungewiss.<sup>25</sup> Konsequenzen für die Partei dürften auf jeden Fall über die bisher folgenlos gebliebenen Abspaltungen kleinerer Splitterparteien hinausgehen und auch die Haltung der anderen Parteien gegenüber der AIADMK beeinflussen. Im Transformationsprozess von einer antibrahmanischen Bewegung im Süden zu einer an einem tamilischen Nationalismus orientierten regionalen Partei (bzw. Parteien) trat im Laufe eines Jahrhunderts die ursprüngliche Stoßrichtung gegenüber „Hindi, Hindu, Hindutva“ immer mehr in den Hintergrund. DMK und AIADMK stellen heute regionale Parteien dar, die ihrer eigentlichen Spezifik verlustig gegangen sind und deren höchste Repräsentanten Karunanidhi und Jayalalitha sich in der Öffentlichkeit wechselseitig in verbalen Angriffen und Beleidigungen ergehen. Nicht zuletzt aufgrund populistischer Maßnahmen erhalten beide Parteien noch immer die Unterstützung eines Großteils der Wähler aus dem unteren Kastenspektrum und von anderen sozial benachteiligten Gruppen.

---

<sup>23</sup> Vgl. Rastogi, a.a.O., S. 539.

<sup>24</sup> Vgl. Rösel, a.a.O., S.82 ff.

<sup>25</sup> Vgl. A.S. Paneerselvan, „In an Existential Soup“, in: *Outlook*, New Delhi 40(2000)41, S.20-21.

### 3.3 Regionale Parteien im Nordosten

Der spezifische Charakter der durch ein sehr geringes Entwicklungsniveau und ein großes Maß an Heterogenität gekennzeichneten Nordostregion Indiens hat seinen Niederschlag auch in der Parteienstruktur der sieben Unionsstaaten dieses Landesteils an der Grenze zu Nepal, Bhutan, China, Bangladesch und Myanmar gefunden. Eine Sprachenvielfalt der besonderen Art, ein hoher Anteil höchst unterschiedlicher ethnischer Gruppierungen (in vier Unionsstaaten stellen Angehörige der Kategorie Scheduled Tribes den Hauptteil der Bevölkerung), die weite Verbreitung des Christentums und die von der Kolonialmacht betriebene politische Isolierung der Region vom „Rest“ Indiens waren und sind noch immer Kristallisationspunkte bei der Herausbildung und Entwicklung unterschiedlicher Identitäten, politischer Orientierungen und Bindungen.

Der lange Verbleib der Nordostregion im Unionsstaat Assam und die Einführung des Assamesischen als State Language im Jahre 1961 komplizierten die ohnehin gespannten Beziehungen zwischen der Stammesbevölkerung und den Assamesen. Die erst im Jahre 1971 erfolgte territoriale Reorganisation der Nordostregion erwies sich bei dem noch immer geringen Grad ihrer infrastrukturellen Einbindung als nicht ausreichend, um den diversen Forderungen ihrer Bevölkerung nach einer ihrer Spezifik Rechnung tragenden Integration in den indischen Staatsverband ausreichend zu entsprechen. Auch die Politik der Abkommen, die die Zentralregierung gegenüber regionalen Parteien und ethnisch dominierten Bewegungen im Laufe der letzten Jahrzehnte verfolgt hat,<sup>26</sup> brachte häufig nur eine vorübergehende Beruhigung der angespannten Lage, d.h. eine Unterbrechung bewaffneter Auseinandersetzungen.

Die Entwicklung eines Parteiensystems in den Unionsstaaten Nordostindiens wurde wesentlich beeinflusst vom geringen politischen Organisationsgrad der Bevölkerung zum Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit bei gleichzeitig schwacher Verankerung des INC in der Region und der fehlenden Präsenz alternativer Parteien. Die Folge war, dass nicht selten extremistische Elemente die Oberhand in den sich formierenden Parteien und Organisationen gewannen. Noch immer ist ein hoher Grad politischer Instabilität kennzeichnend für die meisten der sieben Unionsstaaten, verstärkt durch fortgesetzte Parteienübertritte. In Manipur beispielsweise wechselten seit 1972 16 Mal die Regierungen dieses Unionsstaates, über den im gleichen Zeitraum außerdem sechsmal die President's Rule, d.h. die direkte Verwaltung durch die Zentralregierung, verhängt wurde. Von einer Vielzahl militanter Gruppierungen werden noch immer Forderungen nach Autonomie innerhalb des indischen Staatsverbandes bzw. nach Lostrennung erhoben – eine Agenda, von der sich regionale Parteien in anderen Landesteilen längst verabschiedet haben. Obwohl weitgehend als ethnische Konflikte in Erscheinung tretend, verbergen sich dahinter

---

<sup>26</sup>Vgl. P.S. Datta, *Ethnic Peace Accords in India*, New Delhi 1995.



eine Vielzahl von Prozessen (Assimilation, Migration, Landverlust, innertribale und interethnische Auseinandersetzungen, Verteilungskämpfe, Verhalten der Zentralregierung und nationaler Parteien gegenüber der „Peripherie“, Interessen von Nachbarstaaten usw.), die von Interessengruppen in Gestalt von Organisationen und Parteien in den Unionsstaaten Nordostindiens aufgegriffen und in die politische Auseinandersetzung eingebracht werden. Am Beispiel der Entwicklung in Nagaland, Assam und Mizoram soll im Folgenden das Wirken regionaler Parteien in diesem spezifischen Umfeld verdeutlicht werden.

### *Nagaland*

Aus Vertretern mehrerer Naga-Stämme wurde 1946 der Naga National Council (NNC) gebildet, der im Rahmen des Unionsstaates Assam Forderungen nach einer eigenständigen politischen Repräsentation erhob und nach Nichterfüllung im Untergrund den bewaffneten Kampf gegen die Zentralregierung aufnahm. Unter Führung der 1957 gegründeten Naga National Organisation (NNO), die auf eine Verständigung mit der Zentrale aus war, erblickte am 1. Dezember 1963 der Unionsstaat Nagaland das Licht der Welt. In den Folgejahren stellte die NNO die Staatenregierung und behauptete sich gegenüber zwei weiteren regionalen Parteien, der 1964 gegründeten Naga National Democratic Party (NNDP) und der 1969 entstandenen United Front of Nagaland (UFN). Aus Dissidenten der beiden letztgenannten Parteien entstand 1972 die United Democratic Front of Nagaland (UDF), die ab 1974 die Macht übernahm. Mit dem Eintritt der NNO in den INC erschien erstmals bei den Wahlen 1975 eine nationale Partei auf der politischen Bühne Nagalands, der 1991 die BJP folgte.

Der Wechsel der Machtausübung zwischen dem INC und einer regionalen Partei – seit 1989 ist es der Naga People's Council (NPC) – wurde begleitet und nachhaltig beeinflusst von der gegen die Zentralregierung gerichteten Untergrundbewegung. Ihre Vertreter verpflichteten sich im Shillong Accord vom 11. November 1975 zur Anerkennung der Verfassung Indiens und legten die Waffen nieder. Führer anderer Naga-Gruppen, die nicht in die Verhandlungen einbezogen waren, lehnten das Abkommen ab und gründeten 1980 in Myanmar den National Socialist Council of Nagaland (NSCN), innerhalb dessen sich zwei Fraktionen unversöhnlich gegenüberstehen. Er gilt als eine der stärksten militärischen Gruppierungen in der gesamten Region, bildet auch andere secessionistische Gruppierungen aus und erfreut sich der Unterstützung seitens des pakistanischen Geheimdienstes (Inter-Services Intelligence – ISI) auf Operationsbasen in den Chittagong Hill Tracts von Bangladesch.<sup>27</sup>

---

<sup>27</sup>Vgl. Ph. Tarapot, *Insurgency Movement in North-Eastern India*, New Delhi 1993.

*Assam*

Die Entwicklung in Assam verdeutlicht die Komplexität innerhalb eines Unionsstaates, in dem sich Ende der siebziger Jahre eine ethnisch sehr heterogene und deshalb nicht mit Entwicklungen in Tamil Nadu oder Andhra Pradesh vergleichbare, nach außen aber ebenfalls geschlossen in Erscheinung tretende „Assam-Bewegung“ für eine stärkere Beteiligung der eigenen Bevölkerung an der Nutzung der natürlichen Ressourcen (Tee, Öl, Holz) des Unionsstaates Assam und gegen ihre Überfremdung durch Immigranten formierte. Sie stand unter Führung der All Assam Students Union (AAASU) und der All Assam Gana Sangram Parishad (AAGSP), die sich 1985 nach Abschluss eines Abkommens mit der Zentralregierung zur Regionalpartei Asom Gana Parishad (AGP) zusammenschlossen. Die ab 1986 regierende AGP hatte sich in den neunziger Jahren mit wechselndem Erfolg der Konkurrenz von INC und BJP zu stellen. Als derzeitige Regierungspartei in Assam unter Chefminister P.K. Mahanta und Mitglied der Regierung im Zentrum sieht sie sich bei den bevorstehenden Vidhan-Sabha-Wahlen im 2. Quartal 2001 neuen Herausforderungen gegenüber.

Ende des Jahres 2000 rief die AGP die Bevölkerung Assams zur Selbstverteidigung gegen Übergriffe der United Liberation Front of Assam (ULFA) auf. Diese fordert seit ihrer Gründung im Jahre 1979 die Unabhängigkeit Assams und hat in der Vergangenheit hohe Geldsummen von der Teeindustrie für Waffenkäufe erzwungen. Nach Operationen der indischen Armee gegen ULFA-Einheiten Anfang der neunziger Jahre und der Aufgabe des bewaffneten Kampfes durch 1.500 ULFA-Angehörige seit 1998 war im November/Dezember 2000 ein Wiederaufleben terroristischer Übergriffe gegen Hindi sprechende Nichtassamesen, insbesondere Händler aus Bihar, zu verzeichnen.<sup>28</sup> Die Regierungspartei AGP sieht sich darüber hinaus mit fortgesetzten Aktivitäten der Bodo konfrontiert. Als Teilnehmer der „Assam-Bewegung“ war den Repräsentanten dieser im strategisch wichtigen Zugangsgebiet zu Nordostindien siedelnden Plain Tribals 1993 im Bodo Accord Autonomie zugesichert worden. Bewaffnete Formationen (Bodo Security Force und Bodo Liberation Tigers) drängen die Staatenregierung auf Einhaltung dieses Abkommens.

*Mizoram*

Aus Stammesgruppen der Mizo, die auch in Myanmar und Bangladesch siedeln, formierte sich unter dem Mizo-Führer Laldenga 1961 die Mizo National Front (MNF).<sup>29</sup> Sie nahm 1966 zur Durchsetzung ihrer Forderung nach Bil-

<sup>28</sup>Vgl. K. Chaudhuri, „ULFA's desperate campaign“, in: *Frontline*, Chennai 17(2000)23, S.45-46; *The Week*, New Delhi 18(2000)49, S.23-24 und ebd., 19(2000)1, S.14-15; *The Hindu*, Chennai vom 7.12.2000; *Indian Express*, New Delhi vom 17.12.2000.

<sup>29</sup>Vgl. zu den folgenden Ausführungen Joachim Oesterheld, „Regional Identity and Regional Political Parties – Roots and Political Consequences“, in: *Journal of the Asiatic Society*,

dung einer unabhängigen Republik Mizoram mit Unterstützung Pakistans und Chinas den bewaffneten Kampf auf und bildete eine Untergrundregierung. Zur Unterbindung der Guerillaaktivitäten organisierte die Zentralregierung eine große Umsiedlungsaktion von etwa 80 Prozent der Mizo in neue Siedlungen. Nach Bildung des Unionsterritoriums Mizoram im Jahre 1972 fanden die ersten Vidhan-Sabha-Wahlen statt, die von der 1949 gegründeten Mizo Union (MU) gewonnen wurden, die 1974 dem INC beitrug. Sie wurde 1977 von der zwischenzeitlich neu gebildeten Mizo People's Conference (MPC) abgelöst, ehe es 1984 erstmals dem INC gelang, die Staatenregierung zu bilden. Nach längeren Verhandlungen mit der MNF kam es 1986 zu einem Abkommen mit der vom INC geführten Zentralregierung, in dem sich die MNF zur Einhaltung der Verfassung bekannte und ihr im Gegenzug besondere Rechte bezüglich Sprache, Religion und Kultur zugesichert wurden. Nach Bildung des Unionsstaates Mizoram im Jahre 1987 kam es bei den Wahlen zur Staatenversammlung zu einem Sieg der MNF. Aus dem Sezessionisten Laldenga wurde über Nacht der Chefminister von Mizoram, ein Amt, das er bis zu seinem Tode 1990 bekleidete. Nach langen Jahren der INC-Herrschaft übernahmen 1998 wieder regionale Parteien in Gestalt einer MNF/MPC-Allianz die Regierungsgewalt.

## 4 Zusammenfassung

Das Auftreten regionaler Parteien belegt, dass der Prozess der Parteienbildung auf der Ebene der Unionsstaaten stärker ausgeprägt, vielgestaltiger und schnelleren Entwicklungen unterworfen ist als auf nationaler Ebene. Die im Verlauf weniger Jahrzehnte enorm gestiegene Zahl regionaler Parteien ist nicht nur ein Indiz für die Adaptions- und Lebensfähigkeit des parlamentarischen und föderalen Systems in Indien. Entgegen ursprünglich weit verbreiteter Auffassungen in Wissenschaft und Politik haben sie sich nicht als wirkliche Gefahr für den Fortbestand des indischen Nationalstaates erwiesen. Sie haben vielmehr die Peripherie gestärkt und ihr Gewicht gegenüber der Zentralregierung in einem langen Prozess wechselseitigen Gebens und Nehmens erhöht und sich damit geradezu als Voraussetzung für ein politisches Konfliktmanagement als der einzig möglichen Form des demokratischen Umgangs mit der multiplen Identität von einer Milliarde Menschen erwiesen.

Regionale Parteien vertreten Bevölkerungsgruppen in Fragen gemeinsamer kultureller, ethnischer, wirtschaftlicher und nicht zuletzt sprachlicher Interessen in einem Unionsstaat bzw. in einem Teil davon, die sie als tatsächlich oder vermeintlich bedroht bzw. gefährdet ansehen durch andere Gemeinshaf-

---

Kolkata 38(1996)1, S.118 ff. und Walter Fernandes, „Conflict in North-East. A Historical Perspective“, in: *Economic and Political Weekly*, Mumbai 34(1999)51, S.3581.

ten, Parteien oder durch die Zentral- bzw. die jeweilige Staatenregierung. Als wichtiges Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft haben sie breite Bevölkerungsschichten auf regionaler Ebene mobilisiert, in politische Entwicklungen einbezogen und ihren Repräsentanten auch die Möglichkeit der Teilnahme an Entscheidungsprozessen auf gesamtstaatlicher Ebene eröffnet. Ihr spezifisches Gewicht im politischen System des Landes erhält im Prozess der Liberalisierung der indischen Wirtschaft zusätzliche Bedeutung. Als Regierungs- oder Oppositionspartei in einem der nunmehr nahezu 30 Unionsstaaten darf sich ihre Rolle im Reformprozess nicht nur in Bemühungen um ausländische Investitionen erschöpfen. Mehr als bisher tragen sie Verantwortung für die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen zur Steigerung der Agrar- und Industrieproduktion, bei der Verbesserung der Infrastruktur und vor allem auch im Sozialbereich. Es gilt zugleich, aus der bisherigen Entwicklung der regionalen Disparität im Lande<sup>30</sup> Schlussfolgerungen zu ziehen, um eine weitere Zunahme möglichst zu verhindern und sie schrittweise im Interesse des Erhalts und der Lebensfähigkeit der föderalen Grundstruktur zu überwinden.

---

<sup>30</sup> „[...] higher economic activity generates higher revenues which are spent on improving infrastructure which in turn attracts further investments“ (Madhava Rao/K.D. Subbarao, „Reforms: A Proactive Role for States“, in: *The Economic Times*, Mumbai vom 5.9.1995).

Werner Draguhn (Hrsg.)

## **Indien 2001**

**Politik  
Wirtschaft  
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:

Prof. Dr. Michael von Hauff  
Prof. Dr. Dietmar Rothermund  
Dr. Christian Wagner

Beiträge von:

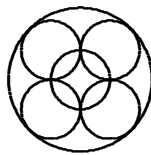
Joachim Betz	Citha D. Maaß
Jagdish P. Bhati	Sonja Majumder
Elfriede Bierbrauer	Nina V. Michaelis
Dirk Bronger	Joachim Oesterheld
Jona Dohrmann	Helmut Reifeld
Alexander Fischer	Hans Christoph Rieger
Sushila Gosalia	Dietmar Rothermund
Michael von Hauff	Michael Schied
Heinrich Kreft	Ralf Schmid
Claudia Kruchten-Weinrich	Christian Wagner
Beate Kruse	Martin Z. Wilderer
Jürgen Lütt	Wolfgang-Peter Zingel



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE  
HAMBURG

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje  
Satz und Textgestaltung in L<sup>A</sup>T<sub>E</sub>X auf Linux: Ruth Cordes, Wiebke Timpe  
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg

ISSN 1436-1841  
ISBN 3-88910-267-0  
Copyright Institut für Asienkunde  
Hamburg 2001



VERBUND STIFTUNG  
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 - Fax: (040) 42834 512).